

Uster, 8. Juni 2010

## Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 7. Juni 2010

*Nach der weitgehend ereignislosen Maisitzung, in der sich der Gemeinderat konstituierte, war die erste richtige Sitzung durchaus denkwürdig. Noch selten gab es so unterschiedliche Abstimmungsmuster. Aber es wurde intensiv und sachlich diskutiert.*

Es war anzunehmen, dass die **Unterstützung der Vereine** eine klare Mehrheit finden würde (es hiess zuletzt 20 Ja zu 11 Nein) – und wir Grünliberale blieben mit der FDP-Fraktion in der klaren Minderheit.

Vereinsförderung klingt wirklich sympathisch. Aber in Vereinen kommen Leute mit gleichen Interessen zusammen und weshalb sie sich vereinigen, ist frei – Vereine vertreten Partikularinteressen. Wir wollten kein Modell der Förderung und Unterstützung für das es einen Apparat mit Antrag, Vereinbarung, Kontrolle braucht. Bereits jetzt gibt es eine indirekte Unterstützung über die Altpapiersammlung, die reduzierten Tarife für die Sporthallen etc.

Auch für uns unbestritten sind die „einmaligen Beiträge“ für einmalige Anlässe von besonderer Bedeutung und Ausstrahlung – aber den Beiträgen für die laufende Vereinsarbeit stehen wir kritisch gegenüber. Mit dem angenommenen Konzept werden Vereine abhängig – sie werden sich auch auf die hohen Beiträge einstellen – sie werden ihre Strukturen und Richtlinien danach ausrichten. Im besten Fall – und auch den wollen wir nicht vergessen – fördert die Vereinbarung die Partizipation und die Einhaltung von Regeln.

Beschlossen wurde erst einmal ein Versuch: Wir befürchten aber, dass die hohen Pauschalbeiträge in drei Jahren nicht mehr gekürzt werden können.

Die FDP hatte im Wahlkampf vier Motionen zur **Eindämmung des Aufgabenwachstums** und für ein **transparentes Budget** eingereicht – nun erlitten sie klare Absagen. Bei der Eindämmung des Ausgabenwachstums waren wir die einzige Fraktion, welche das Anliegen unterstützte (und bei der Transparenz blieben die Freisinnigen ganz allein...) Für uns ist klar, dass wir die Finanzen in den Griff bekommen müssen, damit wir heute und in Zukunft handlungsfähig sind und keine Schuldenberge hinterlassen. Wir wissen, wie schwierig es ist, bei der Budgetdebatte die Aufwandsteigerung zu bremsen.

Wir unterstützten die „Eindämmung des Ausgabenwachstums“ als Zeichen für eine sparsame Budgetierung (die SVP war dazu erstaunlicherweise nicht bereit...obwohl sogar der Stadtrat Zustimmung zum Vorstoss als weniger verbindliches Postulat signalisiert hatte)

Fast noch mehr zu reden gab die **Revision der Behördenentschädigung**, also der Entschädigung für die Gemeinderatsmitglieder. Entschieden wurde aber hier noch nichts. Für uns ist klar, dass wir uns nicht höhere Bezüge geben können – auch wenn es v.a. um einen Ausgleich der Teuerung gegangen wäre.

Weil sich auch andere Fraktionen sehr kritisch äusserten (gerade auch zur luxuriös ausgestalteten Abgangsentschädigung für nicht wieder nominierte oder nicht wieder gewählte Stadt- und Schulpräsidien) und verschiedene Anträge im Raum standen, habe ich angeregt, dass, dass der gesamte Antrag zurück an die Geschäftsleitung geht.

Etwas unter gegangen ist leider die Motion für eine **Verkehrsberuhigung auf der Winikerstrasse**. Diese ist vor allem für Familien und Schulkinder aus dem Gschwader der Zubringer zu den Sportanlagen im Buchholz und zu den Schulhäusern Hasenbühl und Weidli. Ursi Räuflin betonte, dass uns die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer ein zentrales Anliegen ist und setzte sich engagiert für den Vorstoss ein. Das Fahrverbot für Autos hätte eine Mehrheit gefunden, wenn sich nicht zwei Gemeinderäte von der SP enthalten hätten (erstaunlicherweise gerade auch der Erstpostulant für die Velostadt Uster...). Nun werden wir leider auch nach der Sanierung 2016 keine Verbesserung der Situation bekommen.

Im Übrigen haben wir eine **Leistungsmotion „ganzheitliche Integrationspolitik“** vorläufig unterstützt, weil wir wissen wollen was die Integrationspolitik in Uster leistet und kostet – und was alles in den verschiedenen Geschäftsfeldern zur Integration beiträgt. Wir wiesen darauf hin, dass wir eine Gesamtschau wollen, das „ganzheitlich“ aber nicht als „umfassend – und möglichst auszubauen“ verstanden haben wollen. Die Leistungsmotion darf nicht ein alternatives Leistungsangebot im Sinne von „das wollen wir auch noch tun“ auslösen.

Nur mit Transparenz können wir auch dazu beitragen, dass wir die Kosten für Integration im Griff halten können, dass es keine Doppelpurigkeiten gibt, sondern einen sinnvollen Einsatz der wertvollen Mittel, für eine erfolgreiche Integration. Wir behielten uns aber vor, die Leistungsmotion unter Kenntnis aller Fakten nicht als erheblich zu erklären.

Benno Scherrer Moser  
**Gemeinderat Grünliberale**